

Christoph Strünck

Die Macht des Risikos

Interessenvermittlung in der amerikanischen und europäischen Verbraucherpolitik



Nomos

Inhaltsverzeichnis

Abbildungen und Tabellen	11
Abkürzungen	13
1. Einleitung	15
2. Die Gruppeninteressen von Verbrauchern	25
2.1 Organisations- und Konfliktfähigkeit	25
2.1.1 Wie können sich Verbraucher organisieren?	26
2.1.2 Können Verbraucher politische Entscheidungen beeinflussen?	27
2.2 Theorien kollektiven Handelns und ihre Reichweite	29
2.2.1 Koalitionen und Kosten in der Verbraucherpolitik	30
2.2.2 Institutionelle Erweiterung der Theorie	32
2.3 Vermittlung von Verbraucherinteressen	33
2.3.1 Konfliktlinien in der Verbraucherpolitik	34
2.3.2 Wie lassen sich Verbraucherinteressen legitimieren?	35
2.4 Modelle des Verbraucherschutzes	37
2.4.1 Ökonomische Perspektiven	37
2.4.2 Rechtliche Perspektiven	39
2.4.3 Verbraucherschutz als organisierter Pluralismus	42
2.4.4 Der Vergleich zwischen USA und Europäischer Union	46
2.5 Warum sind die Interessen von Verbrauchern nicht (immer) schwach?	
Ein politikwissenschaftliches Erklärungsmodell	47
3. Gesundheitlicher Verbraucherschutz als Staatsaufgabe? Wie moderne Demokratien mit Risiken umgehen	53
3.1 Sicherheit und Schutz als Kernfunktionen des Staates	55
3.1.1 Wie werden staatliche Eingriffe gerechtfertigt?	60
3.1.2 Ökonomische und soziale Regulierung	62
3.1.3 Der regulative Staat und seine Instrumente	66
3.2 Unabhängigkeit versus Mehrheitsregel: die Bedeutung nicht-majoritärer Institutionen	71

3.2.1 Rationalität versus Macht: die Verwissenschaftlichung staatlichen Handelns	76
3.2.2 Nicht-majoritäre Institutionen in der Verbraucherpolitik	81
3.2.3 Die Macht der Bürokratie: Eigeninteressen der Exekutive	82
3.3 Ist regulative Politik undemokratisch?	85
4. Gleiche Risiken, andere Institutionen? Die Fragmentierung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in vergleichender Perspektive	91
4.1 Interventionen in einer staatsfreien Wirtschaft: die amerikanische Ausnahme	95
4.1.1 Fragmentierung zwischen Gewaltenteilung und Effektivität	99
4.1.2 Integration von Risikobewertung und Risikomanagement	101
4.1.3 Unabhängigkeit und Expertise	102
4.1.4 Konflikte zwischen Exekutive und Legislative	103
4.1.5 Adversarial legalism in den USA	107
4.1.6 Verbraucherbewegung und Verbraucherorganisationen	113
4.1.7 Interessenvermittlung in der Verbraucherpolitik	117
4.2 Regulierung als Rückzug: die nachholende Entwicklung in Europa	120
4.2.1 Fragmentierung zwischen nationalen und supranationalen Interessen	125
4.2.2 Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement	126
4.2.3 Machtansprüche und wissenschaftlicher Sachverstand	129
4.2.4 Konflikte in der europäischen Exekutive	131
4.2.5 Die Entwicklung eines europäischen Rechtssystems	132
4.2.6 Verbraucherbewegung und Verbraucherorganisationen	135
4.2.7 Interessenvermittlung in der Verbraucherpolitik	137
4.3 Wie Fragmentierung den Verbraucherinteressen hilft	141
5. Das Vorsorgeprinzip in der Verbraucherpolitik: Gelegenheitsstrukturen für Framing	145
5.1 Wie sehen moderne Gemeinwohl-Konzeptionen aus?	147
5.1.1 Öffentliche und private Interessen	151
5.1.2 Gemeinwohl aus ökonomischer Perspektive	154
5.1.3 Öffentlichkeit und Gemeinwohl	157
5.1.4 Partizipation als Gemeinwohlersatz	159
5.1.5 Wissenschaft als Gemeinwohl-Kriterium	163
5.2 Welche Rolle spielt Gemeinwohl in der Verbraucherpolitik?	165
5.2.1 Lobbyismus für das Gemeinwohl?	166
5.2.2 Das Vorsorgeprinzip als materiale Gemeinwohlidee	170

5.2.3	Kritik am Vorsorgeprinzip als Gemeinwohl-Kriterium	173
5.2.4	Zynische Kalkulation? Kosten-Nutzen-Analyse als Antipode des Vorsorgeprinzips	178
5.2.5	Selbstregulierung als Alternativmodell?	181
5.3	Wie Framing und Vorsorgeprinzip den Verbraucherinteressen helfen	183
6.	Bessere Lebensmittel oder größere Gesundheitsrisiken? Die Regulierung der grünen Gentechnik	185
6.1	Interessenkonflikte in der grünen Gentechnik	187
6.2	Grundlegende Frames in der grünen Gentechnik	188
6.3	Libérale Praxis: Zulassungspolitik in den USA	191
6.3.1	Regulierungsbürokratien im fragmentierten Regierungssystem	193
6.3.2	Interessengruppen und Koalitionen	197
6.3.3	Framing, Vorsorgeprinzip und Interessenvermittlung	199
6.4	Restriktive Praxis: Zulassungs- und Kennzeichnungspolitik in der Europäischen Union	202
6.4.1	Europäische und nationale Akteure im fragmentierten Mehrebenensystem	205
6.4.2	Interessengruppen und Koalitionen	210
6.4.3	Framing, Vorsorgeprinzip und Interessenvermittlung	214
6.5	Konvergenz oder Konkurrenz der Modelle?	216
7.	Schutz der Allgemeinheit oder Sicherung individueller Freiheit? Die Pfade der Tabakregulierung	221
7.1	Interessenkonflikte in der Tabakregulierung	222
7.2	Grundlegende Frames	227
7.3	Soziale Rechte als restriktive Regulierung: die Sonderstellung des amerikanischen Nichtraucherschutzes	230
7.3.1	Föderalismus als Fragmentierung	238
7.3.2	Interessengruppen und Koalitionen	242
7.3.3	Framing, Vorsorgeprinzip und Interessenvermittlung	248
7.4	Zögerliche Eingriffe in den Markt: Tabakregulierung in der Europäischen Union	253
7.4.1	Fragmentierung im europäischen Mehrebenen-System	258
7.4.2	Interessengruppen und Koalitionen	263
7.4.3	Framing, Vorsorgeprinzip und Interessenvermittlung	269
7.5	Konvergenz oder kulturelle Differenz?	271

8.	Verbraucherinteressen im Vergleich	277
8.1	Konvergenz statt Differenz: Amerikanische und europäische Verbraucherpolitik in Perspektive	277
8.1.1	Fragmentierung	279
8.1.2	Framing	283
8.1.3	Vorsorgeprinzip	287
8.2	Verbraucher als spezielle Interessengruppen	290
8.2.1	Risikokommunikation als Strategie	292
8.2.2	Neue Muster des Pluralismus in der Verbraucherpolitik	294
8.3	Die Stärken schwacher Interessen	298
	Literatur	301